Nr. 24. Sonnabend, den 28. Januar 1911. 25. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich M. 1,20, vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einz. Nr. 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich M. 2,70, für das Ausland monatlich M. 3,50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köpke in Hamburg.

Anzeigen die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaux. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Heinr. Koenen, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 18. Rotenburgsort und Veddel bei Th. Reimer, Lindleystr. 85. Wilhelmsburg bei Carl C. Diehl, Meyerstr. 12, 1. Et. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottensen, Bahrenfeld bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 199

Hierzu eine Beilage.

Politik in Oesterreich.

Wien, 26. Januar.

Politik in Oesterreich — das ist das krauseste, närrischste, merkwürdigste Ding, was es geben kann. Gewiß, auch anderwärts vollzieht sich die Entwicklung nicht immer in der von der Theorie angenommenen Richtung; es gibt Schwankungen, Abweichungen nach rechts und links, nach vor- und rückwärts, nach oben und unten! In Oesterreich hingegen geschieht gar nichts, man siecht nur dahin, man vegetiert nicht einmal. Parteien und Regierung, Wähler und Abgeordnete, Politiker in Uniform und Frack, die Machthaber wie die Regierten, sie alle schlafen, dußeln, schnarchen oder unterhalten sich auf ihre Weise. Die Arbeiterschaft — soweit sie zum Klassenbewußtsein erwacht ist — gibt sich einer unfruchtbaren Erbitterung hin, verzweifelt und wird immer mehr verdrossen; die Volksfeinde höhnen ob der Impotenz des Parlamentarismus, der freilich trotz des allgemeinen gleichen Wahlrechts ein bürgerlicher ist. Kaum, daß dem zähflüssigen Sumpfe einige Blasen entsteigen. . . .

Unter solchen Verhältnissen sind die Mittelmäßigen die Herren der Situation. Das gilt vor allem von den bürgerlichen Parteien. Als das Abgeordnetenhaus unverrichteter Dinge auf Sommerurlaub und dann in die Weihnachtsferien ging, regte sich die schüchterne Hoffnung, es werde nun endlich zu einer wenn auch nur bescheidenen Weiterbewegung kommen. Lechzt doch schon seit Jahren alles danach, den ermüdenden Ringeltanz mit einem flotten Marschtempo zu vertauschen, bei dem man vom Flecke, auf dem man sich seit Jahren befindet, sich wegbewegen könnte. Eitle Hoffnung! Die Führer der bürgerlichen Parteien wollen nicht und beharren träge auf ihrer Ermüdungstaktik, intrigieren nach innen, hetzen nach außen: Die Demagogie ist Trumpf!

Die Demagogie hinderte den deutsch-schechischen Ausgleich in Böhmen, die Voraussetzung für eine Erweiterung der Regierungsmehrheit, ohne welche kein Ministerium existieren kann. Infolge dieses neuerlichen Fehlschlages der Friedensaktion in Prag unterblieb die Verbreiterung des Unterbaues für die Regierung und wurde auch aus der Rekonstruktion des Ministeriums nichts. Das vor Weihnachten zurückgetretene Kabinett kehrte in unwesentlich veränderter Zusammensetzung wieder und damit auch der alte Zustand im Parlament, wo nunmehr der bisherige Zirkeltanz von neuem beginnt. Das Provisorium — das ist der eigentliche, der definitive Zustand dieses Staates, seiner Regierungen, seiner Parteien. Man lebt von der Hand in den Mund, von heute auf morgen. Wohl fühlen sich alle höchst unbehaglich dabei, aber trotzdem scheuen die entnervten Bourgeispolitiker, die in Oesterreich die Geschicke der Völker lenken, vor jeder An- und Aufregung zurück. „Nur keine Veränderung!“ ist die allgemeine Devise. Zwar die klerikalen Unken und andern Halunken sind nicht müßig, im Gegenteil! Sie greifen tüchtig zu, denn für sie ist dies die Zeit, da ihr Weizen blüht. Nie ist beispielsweise das Schulressort mehr dem pfäffischen Einflusse unterlegen, als jetzt in der Zeit des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Die Klerikalen bröckeln einen Stein um den andern aus dem Bau der liberalen Schulgesetzgebung und bringen es — ohne die geringste Gesetzesänderung, lediglich kraft ihres Einflusses auf die Verwaltung! — so weit, daß heute in Volks- und Mittelschulen all das geschieht, was sie bisher — vergebens — durch Anträge zur Abänderung der einschlägigen Gesetze angestrebt haben.

Doch das ist nicht die einzige partie honteuse (Schandseite); außer dem Schulwesen verkümmert ja auch die Sozialreform, verwesen die Finanzen, verkommt die Volkswirtschaft, die Handelspolitik usw. In Böhmen steht die Landesverwaltung vor dem Bankerott, die dringendsten Aufgaben können nicht befriedigt, Gehälter für Lehrer und Beamte nicht ausgezahlt werden, die öffentlichen Anstalten und Institute für Kranken- und Wohlfahrtspflege leiden Not. . . . Es ist ein skandalöser Zustand! Und nicht nur in Böhmen, auch in andern Provinzen oder „Kronländern“. Die Ohnmacht des Reichsrats wird potenziert und ergänzt durch die Obstruktion in den Landesparlamenten, und umgekehrt verschärft die Obstruktion in den Landtagen die Situation im Zentralparlament. Statt im Zeichen des Verkehrs steht der Parlamentarismus im Zeichen des Krebses — überall Stockung, die um so unangenehmer empfunden wird, als auch die industrielle Depression nicht weichen will.

Wie lange dieser Zustand noch andauern wird, ist gar nicht abzusehen. Die politische und wirtschaftliche Krise hat eine Atmosphäre erzeugt, die das schwache Leben dieser Mißgeburt von einem Staate zu ersticken droht. Die Bourgeoisie, zumal die deutschliberale, wünscht einen Bismarck herbei; die tschechischnationale läßt sich einen Grafen Thun als Statthalter von Böhmen gefallen und erhofft von ihm eine Förderung des Ausgleichswerkes im tschechischen Interesse. Aber kein Bismarck — und noch weniger natürlich ein feudaler Magnat à la Thun — ist imstande, da Wandel zu schaffen. Der Sozialdemokratie käme eine Regierung, die ernstlich anpacken würde, nur gelegen; aber heute bohrt jeder ihrer Vorstöße nur Löcher in die Luft. Es ist keine feste Regierung, keine stramme Majorität und ebensowenig eine Minorität vorhanden, die ein würdiges Angriffsobjekt abgeben könnte. Wohin man faßt, man greift nur Moder, Fäulnis und Verwesung.

Mit welcher Sorte von Politikern es die Sozialdemokratie in Oesterreich zu tun hat, hat die jüngste Kabinettsbildung deutlich gezeigt. Obzwar niemand von der Rekonstruktion befriedigt ist, kann doch von einer Opposition — vorläufig wenigstens — nicht gesprochen werden. Allerdings auch nicht von einer kompakten zuverlässigen Majorität für die Regierung! Opposition und Regierungsblock sind gleich viel wert und einander würdig. Bloß die Eifersucht der Parteiführer steht einem Frontwechsel im Wege. Man mißgönnt sich gegenseitig die Plätze an der Krippe. Weil die Deutschen — trotz allen oppositionellen Getues — von der ihnen unsympathischen Regierung nicht abrücken wollen (und sie wollen es nicht, um die Tschechen nicht zur Macht kommen zu lassen!), verharren die Tschechen in der Opposition, die freilich so wenig ernst ist, daß Herr v. Bienerth dreimal sein aus politischen Nullen bestehendes Kabinett „rekonstruieren“ durfte und es vielleicht noch ein viertes Mal kann. Was hat er zu fürchten? Sicher ist es für ihn nicht bequem, ohne eine starke Mehrheit „regieren“ zu müssen; aber dafür hat er auch keine ernste Opposition zu fürchten. Die Koalition der Deutschen und Polen kann, wie die Vergangenheit lehrte, jeden Augenblick in Fransen gehen; zum Glück für Herrn v. Bienerth ist jedoch die „Opposition“ so locker, daß ihre Teile jederzeit bereit sind, einander zu verraten und zu verkaufen. Die ganze „Stärke“ dieser Spottgeburt von einer Regierung liegt in der Schwäche der bürgerlichen Opposition, die nicht tut, was sie soll, und nicht will, was sie tut.

Unter solchen Umständen kann Herr v. Bienerth als Ministerpräsident einen Rekord schlagen, den keiner seiner unmittelbaren Vorgänger je erreicht hat. Die Deutschen leisten ihm — bis auf die radikale Gruppe — unter einschränkenden Bedingungen, die aber nur taktische Bedeutung haben, Gefolgschaft; und sogar die radikale Gruppe, die sich dem neuen Kabinett gegenüber „freie Hand“ vorbehalten hat, verbindet mit dieser leeren Phrase nur eine ebenso leere Drohung, die Herrn v. Bienerth nicht im geringsten zu schrecken braucht. Die Polen sind für die nächste Zeit wieder gewonnen und gegen Ministerportefeuilles immer zu haben.

Und die jämmerliche Opposition erst! Die Tschechen können, da der böhmische Ausgleich wieder nicht zustande kam, woran sie ebenso schuld sind wie die Deutschen, ihre gegnerische Stellung nicht ohne weiteres aufgeben; allein ihr neugewählter Führer hat ganz deutlich zu verstehen gegeben, daß er lieber heute als morgen der Dritte im Bunde mit den Deutschen und Polen sein möchte. Die klerikalen Tschechen zumal machen ohnedies nur ungern eine stramme Oppositionspolitik mit, und wären die radikalen Demagogen nicht, so hätten sich die Leutchen, die zurzeit noch Opposition agieren, mit jenen, die für Bienerths „Deutschtum“ Landsknechtsdienste leisten, längst zusammengefunden. Ebenso brennen die „liberalen“ wie die klerikalen Südslaven (Kroaten, Slovenen usw.) vor Begierde, ihre Stellung mit den Vorteilen einer Regierungspartei zu vertauschen.

Als von den deutschen Parteien abhängiger Mann vermag jedoch Herr v. Bienerth nichts zu bieten; und solange die Tschechen und Südslaven mit dem Deutschtum auch den Staat in seiner zentralistischen Richtung bedrohen, wird er nicht in der Lage sein, den weitgehenden Forderungen dieser Nationen entgegenzukommen. Denn die Tschechen wie die Südslaven begehren Dinge, die nur auf Kosten der Deutschen gewährt werden können, und sie weigern sich, diejenigen Garantien zu leisten, die die militärische und wirtschaftliche Kraft des Staates sicher zu stellen geeignet wären, ganz abgesehen von dem Chaos in der Verwaltung, das bei schrankenloser Anwendung des nationalen Prinzips und der dadurch bedingten territorialen Zersplitterung eintreten würde.

Aus allen diesen Gründen wird der politische Ringeltanz in Oesterreich noch lange fortdauern. Die nationale Sphinx wird ein Ministerium nach dem andern verschlingen, und kein Oedipus wird sich finden, der das barbarische Ungeheuer in den Abgrund stürzt. Uralte Sünden fressen fort und zehren an den Geschlechtern, die freilich keine Heroen hervorgebracht haben. Und den pygmäenhaften Führern folgen die Völker wie blind zum Ruin. Es ist ein Verhängnis, dessen nicht einmal der Katholizismus mit seinen internationalen Beziehungen und Bestrebungen Herr wird, und dessen er sich einstweilen bedient, um reiche Diebesbeute in die Kammer zu bringen. Immerhin erwarten die schwarzgelben Patentpatrioten gerade vom dritten Ministerium eine Evolution. Ihr feudales Haupt, der Graf Thun, wurde nämlich an Stelle des Grafen Coudenhowe, den er vor 14 Jahren in Prag ablöste, wieder zum Statthalter von Böhmen ernannt mit der Mission, die nationalheiß gelaufenen Achsen der Staatslokomotive zu kühlen und womöglich den deutschböhmischen Ausgleich doch noch zustande zu bringen. Obgleich Graf Thun sowohl als Statthalter von Böhmen wie als Ministerpräsident bereits verkracht ist, wird er abermals gerufen, ohne freilich deswegen mehr berufen zu sein als vor 14 Jahren. Daß der Herr mit der feudalen Brille seinen Gönnern bei Hofe eine Enttäuschung bereiten wird, kann beinahe als sicher angenommen werden. An diesem Staate werden noch gescheitere Schiffer scheitern, denn um die Klippe des Nationalismus ist noch niemand herumgekommen, da sie der Kapitalismus immer von neuem mit scharfen Kanten und Zacken versieht.

S. K.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 26. Januar.

Der Reichstag hatte sich heute mit der Elsaß-Lothringischen „Frage“ zu beschäftigen, d. h. mit der Frage über die künftige Verfassung für Elsaß-Lothringen und das Wahlgesetz zur zweiten Kammer. Bekanntlich ist Elsaß-Lohringen ebenso eine Verfassung in Aussicht gestellt, wie den Preußen eine Wahlrechtsreform. Aber der Herr Reichskanzler scheint mit dem elsaß-lothringischen Verfassungs- und Wahlrechtsentwurf ebensowenig Glück zu haben, wie mit dem preußischen Wahlrechtsreformentwurf. Niemand, d. h. keine Partei, ist mit dieser Art der Lösung der Verfassungs- und Wahlrechtsfrage für die Reichslande völlig einverstanden, wenn auch aus verschiedenen Gründen nicht. Am wenigsten ist die Masse der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen davon erbaut, wie die mehrfachen Kundgebungen derselben sowie die Stimmen in der der Regierung nicht zugängigen Presse erkennen lassen. Und das ist nur zu erklärlich, da nach § 1 des Verfassungsentwurfs die Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen vom Kaiser ausgeübt werden soll.

Da Herr Theobald sich wohl der Begründungsrede nicht gewachsen fühlte, mußte diese sein Sprechminister, Staatssekretär Dr. Delbrück, halten, der sich dieser Aufgabe denn auch durchaus gewachsen zeigte. In ruhiger, durchaus sachlicher Weise vertrat er den von der Regierung eingenommenen Standpunkt. Wenn auch die Elsaß-Lothringer nun bereits wieder seit 40 Jahren dem Deutschen Reiche angegliedert sind, so sind sie doch trotz der eifrigsten Verpreußungstätigkeit der Köller und Konsorten immer noch nicht soweit mündig, daß sie sich selbst regieren können, und bedürfen auch ferner noch einer königlich preußischen Vormundschaft. Nicht nur, daß dem Kaiser die Staatsgewalt vorbehalten bleiben muß, sondern es muß ihm auch das Recht der Ernennung von Mitgliedern der ersten Kammer, einer Art preußisches Herrenhaus, zustehen. Den Elsaß-Lothringern eine Vertretung im Bundesrat zuzugestehen, wie all den anderen Bundesstaaten des Reichs, sei nicht angängig. Im allgemeinen seien diese Vorlagen, wenn sie angenommen würden, nur ein Schritt zu dem Ziele der Verschmelzung der Reichslande mit dem Reich, so daß man sich nach vielleicht abermals 40 Jahren über den zweiten Schritt unterhalten kann.

Der Elsässer Vonderscheer vom Zentrum betrachtet die Vorlagen als eine rein äußerliche Einlösung des gegebenen Versprechens einer Verfassung, findet aber so viel daran auszusetzen, daß kaum eine Verständigung zwischen ihm und der Regierung über die auseinandergehenden Meinungen möglich ist. Leider ließen seine Ausführungen nicht erkennen, ob er im Namen seiner Fraktion oder nur als Elsässer sprach.

Der Reichskanzler, der bis zum Schlusse dieser Rede anwesend war, verließ den Saal schleunigst, als unser Genosse Emmel das Wort erhielt. Dieser ging scharf mit den beiden Vorlagen ins Gericht und bezeichnete sie sehr zutreffend als einen weiteren Verpreußungsversuch. Weil die Bevölkerung der Reichslande bisher sich der Borussifizierung nicht genügend zugängig erwiesen, sollen ihr jetzt Daumschrauben aufgesetzt werden, um möglicherweise schließlich doch noch eine preußische Provinz daraus machen zu können. Die Elsaß-Lothringer bedanken sich dafür, daß der König von Preußen im Kaisermantel die Staatsgewalt ausübt, und verlangen als selbständiger Bundesstaat, wie Bayern, Baden, Württemberg, dem Reiche angegliedert zu werden mit einer selbständigen Vertretung im Bundesrat. Die Bevölkerung der Reichslande fordert in ihrer überwiegenden Mehrheit die republikanische Staatsform; das würde eine Volksabstimmung ergeben. Die Elsaß-Lothringer sind reif genug, einzusehen, daß das Volk in einer Monarchie weniger zu seinem Recht kommt als in einer Republik. Eine republikanische Staatsform, die sich stützt auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle mündigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts, sei es, wonach die überwiegende Mehrheit des Volkes in Elsaß-Lothringen verlangt. Würde dieser Stimmung nicht Rechnung getragen, so werde es in den Reichslanden keine Ruhe geben. Die Vorlage nach dieser Richtung hin umzugestalten, werden er und seine Parteigenossen sowohl in der Kommission wie im Plenum nach Kräften bemüht sein.

Nach den Ausführungen Bassermanns sind die Nationalliberalen auch mit den Entwürfen nicht einverstanden und haben allerlei Ausstellungen zu machen, nur den § 1 des Verfassungsentwurfes wollen sie aufrecht erhalten wissen, wonach dem Kaiser die Ausübung der Regierungsgewalt vorbehalten bleiben soll. Als Bassermann das Wort erhielt, tauchte die lange Gestalt des Reichskanzlers wieder auf. Auf Bassermann folgte der Fortschrittler Naumann, der mit beiden Entwürfen nicht einverstanden ist, und seine entschieden ablehnende Haltung dazu in anerkennenswerter Weise zum Ausdruck brachte, nur unterließ er, sich darüber in unzweideutiger Weise zu äußern, was er an Stelle der angegriffenen Bestimmungen zu setzen gedenkt.

Vielfach bemerkt wurde, daß der Reichskanzler während der Rede Naumanns sich den Fürsten Hatzfeldt kommen ließ und mit ihm längere Zeit konferierte. Ob ihm der Hauptinhalt der Kritik, die der Parteigenosse Hatzfeldts, der Reichsparteiler v. Dirksen, an den Entwürfen üben wollte, schon bekannt war und er durch Hatzfeldt eine Beeinflussung seines Parteifreundes beabsichtigte, sei dahingestellt. Aber dazu war für diesmal keine Zeit mehr, Naumann war fertig mit seiner Rede und v. Dirksen zog bereits die Schleusen seiner Beredtsamkeit auf, als Hatzfeldt auf seinen Platz zurückkehrte. v. Dirksen ist auch mit den Vorlagen nicht einverstanden, aber aus dem Grunde nicht, weil er darin nur eine Verlangsamung der Borussifizierungsarbeit erblickt. Ihm geht die Verpreußung der Reichslande viel zu langsam. Schon die Aufhebung des Diktaturparagraphen sei ein Fehler gewesen und mit diesen Entwürfen würde ein noch größerer Fehler gemacht, der dadurch noch verschärft werde, daß weitere Schritte nach dieser Richtung hier in Aussicht gestellt wurden. Eine Verfassung nach preußischem Muster für alle Ewigkeit, das sei sein und seiner Parteifreunde Ideal und in diesem Sinne würden sie wirken in der Kommission. Nach dieser reichsparteilichen Leistung wurde die Fortsetzung bis Sonnabend vertagt.

Aus Hermann Poperts Helmut Harringa.

Es war nur wenig mehr als die angesagte Viertelstunde vergangen, da konnte Hahnken melden, daß Breitrück zur Stelle sei. Gleich darauf war alles wieder vollzählig versammelt. Breitrück wurde vorgerufen. Der untersetzte fette Mann mit den verschwommenen Zügen und den vorquellenden Augen in dem gutmütigen Gesicht mußte sich fortwährend den Schweiß von Stirne und Wangen wischen. Er kam gar zu leicht außer Atem; auf solche Eile waren Herz und Lunge nicht eingerichtet.

Sydow nahm ihm den Zeugeneid ab und sagte dann: „Ich glaube, wir tun am besten, Herrn Kollegen Harringa die Befragung dieses Zeugen zu überlassen, er hat ja Wert auf seine Vernehmung gelegt.“

Harringa nahm also die Vernehmung in die Hand: Jawohl, Breitrück erinnerte sich noch genau, wie Kretzschmar am Abend mit einem andern Herrn in seinem Lokal gewesen war. Die beiden hatten dort miteinander gehandelt, und dabei war allerlei getrunken worden.

„Wieviel mag denn Kretzschmar getrunken haben?“ fragte Helmut.

„Warten Sie mal, Herr Landrichter, das kann ich Ihnen ganz genau sagen. Ich habe bei jeder Runde mitgetrunken. Herr Kretzschmar hat in den drei Stunden, die er da war, fünf Seidel Münchener Bier getrunken.“

„Er selbst sagt, es seien nur zwei Stunden gewesen und nur drei Echte.“

„Nein, da irrt er sich, das kommt ja leicht. Ich weiß es ganz genau.

„War er denn ganz nüchtern, wie er wegging?“

„Ja, vollständig.“

„War er auch nicht aufgeregt?“

„Ich weiß nicht, was Sie aufgeregt nennen, Herr Landrichter. Herr Kretzschmar war sehr lustig und schlug den Herrn, mit dem er das Geschäft gemacht hatte, mehrmals auf die Schulter. Er sang auch ein bißchen. Aber das ist doch nicht aufgeregt.“

„Na,“ sagte Harringa, „Herr Breitrück, das kann man ja verschieden auffassen. Aber nun sagen Sie mal, Sie kennen ja Herrn Kretzschmar schon länger. Er ist doch nur ziemlich klein und sieht schwächlich aus, kann der denn fünf Seidel Münchener so auf einen Sitz vertragen?“

Breitrück wurde lebhaft. Er pustete förmlich; wenn ihn eine Amtsperson nach irgend etwas fragte, was seine Wirtschaft anging, so witterte er immer eine Konzessionsentziehung. „Aber Herr Landrichter,“ stieß er heraus, „bei mir trinkt doch keiner zu viel, da können Sie jeden nach fragen.“

„Nun haben wir wohl genug gehört,“ warf Sydow ein. „Wenn keine Fragen weiter zu stellen sind, schließe ich jetzt die Beweisaufnahme. Die Zeugen bleiben besser noch hier bis zur Urteilsverkündung. Der Herr Staatsanwalt hat das Wort.“

Der Staatsanwalt war ein ruhiger Mann, Mitte der Dreißiger, mit breiter Stirn, rundem, haarlosem Kopf und dunklen Augen hinter einem scharfen Kneifer. Er sprach nur wenige Worte, klar und sachlich. Für verfolgungswütige Staatsanwälte war in Hamburg kein Raum.

Manchmal während der Verhandlung hatte auch er den Eindruck bekommen, dieser Angeklagte könne eigentlich kein Dieb sein. Aber das war vorüber gegangen. Jetzt, nach Schluß der Beweisaufnahme, war jedenfalls soviel Belastungsstoff vorhanden, daß er von seinem Standpunkt als Staatsanwalt aus die Anklage mit gutem Gewissen halten konnte. Er bat also, das Gericht möge den Angeklagten verurteilen. Seine Jugend und seine bisherige Unbescholtenheit müßten mildernd, der große Vertrauensbruch müsse erschwerend ins Gewicht fallen, er beantragte einen Monat Gefängnis.

„Nun, Angeklagter,“ sagte Sydow mit eindringlicher Stimme, „der Herr Staatsanwalt hat einen Monat Gefängnis gegen Sie beantragt. Was haben Sie dazu zu sagen?“

Dem Angeklagten war bei den letzten Worten des Staatsanwalts eine Blutwelle ins Gesicht geschossen. Die kleine Hoffnung, die er gehabt hatte, war dahin. Ach Gott, hätte er doch einen Verteidiger gehabt. Jetzt sollte er etwas sagen und konnte es heute noch schlechter als sonst. Ihm war so zu Mute, als hätte ihn eine Faust ganz fest an den Mast eines Bootes gebunden, das Zoll für Zoll versank. Aber die Verzweiflung gab ihm Kräfte. Er riß sich los, und über die ungelenke Zunge des stolzen Menschen kam mit einem Male eine Flut starker, beinahe wütender Beteuerungen seiner Unschuld. Die Augen von der Deckens zeigten, wie ihn das mitnahm. Sydow machte, schon als es anfing, eine unbewußte Gebärde der Ablehnung. Gerade während dieses verzweifelten Kampfes des Angeklagten brachte ein Kanzlist dem Vorsitzenden eine Unzahl Aktenstücke herein, die er in Eile unterschrieb. So ließ er Wingersen länger reden, als er es sonst getan hätte. Nach etwa drei Minuten aber unterbrach er ihn scharf: „So, Sie reden ja immer dasselbe. Wir wissen jetzt, was Sie zu sagen haben. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Herr Staatsanwalt, wir werden Sie rufen lassen, sobald wir fertig sind.“

Das Richterkollegium schritt durch die Tür unter der Uhr hinaus. Sydow voran, dann die andern dem Dienstalter nach: Eckmann, Pilling, von der Decken. Harringa als der jüngste zuletzt. Dann ging noch der Staatsanwalt durch die Haupttür weg.

Der Angeklagte hatte sich erschöpft auf seinen Platz gesetzt. Halb im Traume hörte er Petersens Feder ohne Aufhören über das Papier kratzen: es galt, die Protokolle der Sitzung soweit wie möglich fertigzustellen.

Willroth und Hahnken rissen die Fenster des Saales auf; der Nordwestwind fuhr herein und Wingersen um seine heißen Schläfen. Dem war es in seinem Dämmern manchmal, als fühle er die Hand seiner Mutter.

Das Richterkollegium war durch den kleinen Raum zwischen Sitzungssaal und Beratungszimmer hindurch in dieses hinüber geschritten. Einen Blick hatte Helmut durch das Fenster des Zwischenraumes auf die im Dunkeln nur halb erkennbaren Baumgruppen der Stadtgrabenanlagen werfen können, dann hatte sich die Tür des Beratungszimmers hinter ihm und seinen Kollegen geschlossen.

Drinnen setzten sich alle fünf in die prächtigen bequemen Ledersessel um den langen grünen Beratungstisch. Oben, an der Spitze, mit dem Rücken gegen den Sitzungssaal, saß Sydow. Rechts von ihm, an der Längsseite des Tisches, Eckmann und von der Decken, ihnen gegenüber Pilling und Harringa.

Sydow hatte sich erleichtert auf seinen Sitz geworfen: „Nun, meine Herren,“ sagte er schnell, „es ist ja schon sechs Uhr. Also bitte, Herr Kollege Pilling.“

Pillings, des Berichterstatters, kluges und nüchternes Gesicht mit dem dünnen, strohfarbenen Haar und den wasserblauen Augen wurde noch schärfer als gewöhnlich. Wer ihn jetzt ansah, begriff, warum dieser Mann einen so glänzenden Ruf als Ziviljurist hatte. Er sagte nicht viel:

„Meine Herren,“ begann er, „meines Erachtens besteht nicht der geringste Zweifel daran, daß der Angeklagte antragsgemäß verurteilt werden muß. Kretzschmar hat uns in völlig einwandfreier Weise unter Eid geschildert, wie er den Hundertmarkschein am Abend in die Kasse gelegt und wie er ihn am Morgen nicht wieder vorgefunden hat. Darauf, daß der Angeklagte behauptet, Kretzschmar sei am Abend so aufgeregt gewesen, darauf lege ich nicht den geringsten Wert. Erstens glaube ich dem Angeklagten das einfach nicht, solche Leute wollen ja erfahrungsgemäß die Belastungszeugen immer schlecht machen. Zweitens aber würde ja auch keine Aufgeregtheit genügen, um zu erklären, wie Kretzschmar dazu kommen sollte, zu beschwören, er habe den Hundertmarkschein in die Schublade gelegt, wenn er es tatsächlich nicht getan hat. Also es kann überhaupt nur der Angeklagte für das Verschwinden des Scheines verantwortlich gemacht werden. Ich glaube, wir werden darüber alle einig sein, und darum kann ich wohl gleich auf das Strafmaß kommen. Ich finde, daß der Antrag des Staatsanwalts aus den Gründen, die er angeführt hat, durchaus zutreffend ist, und stimme daher meinerseits für die vom Staatsanwalt beantragte Strafe.“

„Bitte, Herr Kollege Harringa,“ sagte Sydow. Denn nach dem Berichterstatter kamen die andern Richter zum Wort, der jüngste zuerst, der Vorsitzende zuletzt.

„Meine Herren,“ sprach Harringa, „es ist schon spät, und wenn es nicht nötig ist, will ich Sie nicht lange aufhalten. Ich will darum zunächst nur ganz kurz erklären: Ebenso entschieden, wie Herr Kollege Pilling für die Verurteilung eintritt, will ich die Freisprechung.“ Von der Deckens Gesicht wurde sehr aufmerksam. Um Pillings Mund lief ein ironischer Zug. Eckmann blickte erstaunt auf, und in Sydows Augen zeigten sich Spuren einer neu beginnenden Erregung.

„Mein Standpunkt,“ fuhr Harringa fort, „gründet sich hauptsächlich auf meinen Eindruck von der Persönlichkeit des Angeklagten. Ich hoffe — zumal er ja auch völlig unbescholten ist —, daß sich unter den anderen Herren wenigstens noch einer findet, der meine Anschauung teilt. Dann können wir Zeit sparen, andernfalls behalte ich mir ausdrücklich vor, vor der endgültigen Abstimmung noch einmal das Wort zu nehmen.“

„Ja, meine Herren,“ sagte nun von der Decken, „ich kann nicht leugnen, daß ich außerordentlich gern mit Herrn Kollegen Harringa stimmen würde. Ich habe ein Gefühl, als ob wir mit einer Verurteilung etwas Verkehrtes tun würden. Aber anderseits spricht alles Verstandsmäßige so sehr gegen den Angeklagten, daß ich mich einstweilen auch zur Verurteilung entschließen muß. Aber ich tue es sehr ungern.“

„Das verstehe ich nicht,“ bemerkte Eckmann, „die Sache ist sonnenklar. Nur der Antrag des Staatsanwalts scheint mir bei dem Vertrauensbruch, der vorliegt, lächerlich milde.“

„Das ist ganz meine Meinung,“ sagte Sydow. „Ich begreife nicht, wie bei dieser Sachlage Herr Kollege Harringa zu einer Freisprechung kommen will. Und ich kann auch nicht nachfühlen, wie Herr Kollege von der Decken irgend welche Zweifel daran hat, daß wir verurteilen müssen. Jedenfalls stimme ich aber darin mit Herrn von der Decken überein, daß solche dunkeln Gefühle, wie er sie in diesem Falle hat, bei so klarer Beweislage schweigen müssen. Wo kämen wir sonst hin?

Also, Herr Kollege Harringa, Sie wünschten ja noch einmal das Wort. Oder wollen Sie angesichts der übereinstimmenden Meinung des übrigen Kollegiums darauf verzichten?“

„Nein, das kann ich leider nicht,“ entgegnete Harringa, „so sehr ich auch bedaure, die Herren noch aufhalten zu müssen.“

Während des Votierens der andern vier Herren hatte Helmut völlig klar erkannt, wie es stand: Es waren ja vier Stimmen nötig, um eine Verurteilung herbeizuführen. Harringas feste Ueberzeugung von der Unschuld des Angeklagten gelangte also schon dann zum Siege, wenn er nur einen einzigen der vier Herren zu sich herüberzog. Diese Aussicht schien aber günstiger, als sie war. Denn Harringa wußte genau, daß dieser eine überhaupt nur von der Decken sein könne: An Sydom, Eckmann und Pilling konnte angesichts der Aussage Kretzschmars der Gedanke gar nicht herankommen, daß der Angeklagte auch nur möglicherweise unschuldig sein könne. Dazu war Sydow zu krank, Eckmann zu sehr auf das gewohnte Amtsgeleise eingefahren und Pilling allzusehr Sklave seines rechnenden Verstandes. Nur von der Decken war allenfalls zu überzeugen. Er war der einzige, der fähig war, am richtigen Platz auch das Gefühl mitreden zu lassen. Er war gesund. Und er war jung genug und daher auch noch frei genug von der Knechtschaft der Routine, um den ganzen furchtbaren Eingriff in das Leben eines Menschen, den eine Verurteilung bedeutet, fühlen zu können. Harringa dachte also nur an von der Decken.

„Meine Herren,“ fuhr er fort, „Herr Direktor Sydow meint, Gefühle dürften für uns gar nicht mitsprechen. Ich kann das nicht für ganz richtig halten.“

„Natürlich nicht,“ murmelte Pilling in sich hinein.